

Kollektive Unvernunft

Das erklärte Ziel, die laufende Welthandelsrunde noch in diesem Jahr abzuschliessen, kann vergessen werden. Die knapp einwöchigen Beratungen am Sitz der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf haben keinen Durchbruch bei der nun schon fast sieben Jahre dauernden Dauha-Runde gebracht; sie sind am Dienstagabend ergebnislos abgebrochen worden. Und die Chancen, im kommenden Jahr die Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels und zur Stärkung des WTO-Regelwerks zu einem guten Ende zu bringen, sind gleich null. Weder in Amerika noch in Europa dürften 2009 multilaterale Verhandlungen im Rahmen der WTO hohe Priorität geniessen. In den USA wird sich der Nachfolger von Präsident Bush erst einarbeiten müssen, und in der EU wird man mit Interna wie den Wahlen zum EU-Parlament und der Bestellung einer neuen EU-Kommission beschäftigt sein.

Dass vor diesem Hintergrund der Generaldirektor der WTO, Pascal Lamy, quasi mit der Brechstange den Verhandlungserfolg anstrebte, ist verständlich. Zwar mögen ihm nun einige Länder und Ländergruppen den schwarzen Peter für den Misserfolg zuspielen, zumal seine Verhandlungsstrategie in der Tat nicht über alle Zweifel erhaben war. Aber es war die kollektive Unvernunft, die die Übung scheitern liess. Zu gering war die Kompromissbereitschaft am Verhandlungstisch, und zwar auch deshalb, weil sich alle WTO-Mitglieder mit ihren Wünschen und Forderungen auf das Verhandlungsmandat von Dauha berufen konnten, das bewusst ambivalent und widersprüchlich formuliert worden war. Damals, kurz nach dem 11. September 2001, wollte man Solidarität mit den USA demonstrieren, doch dies ging angesichts der grossen wirtschaftlichen Interessengegensätze zwischen den WTO-Staaten auf Kosten klarer, unmissverständlicher Verhandlungsdirektiven.

Vollends zum Missverständnis geriet die Dauha-Runde, als diese kurz nach Eröffnung der multilateralen Verhandlungen zur sogenannten Entwicklungs-Agenda umdeklariert wurde. Die Dritte Welt im Allgemeinen und die Schwellenländer im Besonderen traten in der Folge sehr selbstbewusst auf. Sie forderten von den westlichen Industriestaaten möglichst ungehinderten Marktzugang für gewerbliche Güter und vor allem bessere Absatzchancen für ihre Landwirtschaftsprodukte und boten selbst praktisch keine Öffnung an. Die Industriestaaten wiederum beharrten auf einem in ihrer Sicht ausgewogenen Gesamtergebnis, zu dem nicht zuletzt auch die Schwellenländer beitragen müssten. So kam es leider in Genf, wie es kommen musste. Der weltweit aufflackernde Protektionismus wird nicht in die Schranken gewiesen. Die mit der Dauha-Runde anvisierte Handelsliberalisierung hätte vielleicht der Weltwirtschaft nicht

viel an zusätzlichem Wachstum gebracht, gewiss aber allseits verbindliche Verpflichtungen, die den Handlungsspielraum der Politiker für handelsverzerrende Praktiken zum Schutz der eigenen Wirtschaft merklich eingeschränkt hätten.

rg.